



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Sylvia Eisenberg (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Förderung der Politischen Bildung in Schleswig-Holstein

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung vor dem Hintergrund der Bekämpfung von Rechtsextremismus der Politischen Bildung zu?

Politische Bildung hat nach Auffassung der Landesregierung eine hohe Bedeutung für die Existenz und die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens, wie auch für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. Verantwortung tragen der Bund, das Land, die Kommunen, Schulen und Hochschulen, Verbände und Gewerkschaften, Träger und Einrichtungen der Weiterbildung sowie Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung hat entsprechend der hohen Bedeutung Politischer Bildung für Rechtsstaat und Demokratie rechtsstaatliche Voraussetzungen und Leistungen des Landes in den vergangenen Jahren gezielt ausgebaut. Dies betrifft insbesondere die Einführung des Pflichtfachs Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe II der Gymnasien und Gesamtschulen, die Auseinandersetzung mit den neuen Medien und die neuen Lehrpläne sowie die verstärkte Förderung der Beteiligung von Kindern

und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen. Mit der „Demokratiekampagne“ zur Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen hat die Landesregierung bundesweit Maßstäbe gesetzt.

Neben dem generellen Ziel der Überwindung von Gleichgültigkeit, Unverständnis oder Argwohn gegenüber Politik sowie dem Ausbau von Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten haben Schulen, Hochschulen, Institut für Praxis und Theorie der Schule und Landeszentrale für politische Bildung, aber auch die vom Land geförderten Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die freien Träger, Vereine, Initiativen, Gewerkschaften und Verbände zahlreiche und umfangreiche Beiträge zur politischen Grundbildung und für die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen geleistet, insbesondere zu Fremdenfeindlichkeit und Extremismus. Die Landesregierung begrüßt das freiwillige Engagement und unterstützt und fördert im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Auseinandersetzung mit diesem Thema.

2. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung über die Einrichtung eines Bürgertelefons hinaus ergreifen, um rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzuwirken?

Die Landesregierung hat bereits vor neuen, aufgrund aktueller Anlässe begonnenen Aktivitäten konsequent gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gehandelt. Dies betrifft sowohl Maßnahmen von Polizei und Justiz, wie auch der Prävention und Politischen Bildung. Für den Bereich der Politischen Bildung wurden die entsprechenden Maßnahmen im Bericht zur Politischen Bildung 1998 ausführlich dargestellt. Die aktuellen Aktionen gegen Rechtsextremismus werden im Folgenden in Kurzform zusammengefasst, eine ausführliche Erläuterung folgt in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit in Schleswig-Holstein“.

Der **Landesrat für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein** hat seine Bemühungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verstärkt. Der Staatssekretär im Innenministerium hat im August 2000 alle kommunalen kriminalpräventiven Räte im Lande angeschrieben mit der Bitte, auf kommunaler Ebene Bündnisse „Bürgerinnen

und Bürger gegen Rechtsextremismus“ zu gründen und somit auch die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für den Widerstand gegen rechtsextremistische Entwicklungen zu aktivieren und deutlich zu machen.

In Kooperation mit der Stadt Kiel erarbeitet der Landesrat für Kriminalitätsverhütung eine Elternbroschüre zur Hilfestellung für Eltern, deren Kinder in die rechtsradikale Szene abzurutschen drohen.

Am 02.11.2000 wird in der Musik- und Kongresshalle Lübeck in Kooperation mit den Landesräten zur Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern und dem Niedersächsischen Landespräventionsrat eine Tagung mit dem Titel: „Stopp dem Rechtsradikalismus - Präventionsprojekte gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ stattfinden. Modellhaft werden erfolgreiche Präventionsbemühungen vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen.

Beim Landesrat für Kriminalitätsverhütung wird eine Arbeitsgruppe aus Expertinnen und Experten zum Thema Rechtsextremismus eingerichtet, die die Aufgabe erhält, Konzepte gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, die langfristig in den Kommunen umsetzbar sind. An dieser Arbeitsgruppe wird auch die Landeszentrale für politische Bildung beteiligt sein.

Im Bereich der Politischen Bildung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen:

Im **Schulbereich** wird die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zum Beginn des neuen Schuljahres in einem Brief an alle Lehrkräfte noch einmal eindringlich auf die Gefahren der extremen Rechte hinweisen und dazu auffordern, diese zu thematisieren. Im Rahmen von Schulbesuchen werden Bildungsministerin Erdsiek-Rave und Staatssekretär Dr. Ralf Stegner in den nächsten Monaten mit Schülerinnen und Schülern, aber auch mit den Lehrkräften, Eltern und Kommunalpolitikerinnen und -politikern das Gespräch über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit suchen.

- Noch vor den Herbstferien wird Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine umfangreiche Handreichung zur Friedenserziehung veröffentlichen, in der Beispiele aufgezeigt sind, wie Lehrkräfte mit der Thematik der Fremdenfeindlichkeit umgehen können.
- Im Herbst führt das Bildungsministerium zusammen mit dem IPTS im Landeshaus eine Fachtagung zum Thema „Rechtsextremismus - Was kann Schule tun?“ durch, auf der Experten, Lehrkräfte und Lehrerfortbildner über Strategien der

rechten Szene informieren und Strategien aufzeigen, wie diesen im Unterricht begegnet werden kann.

Spezielle Programme des Bildungsministeriums wie auch des Instituts für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) helfen den Schulen, die Schülerinnen und Schüler zu selbstbewussten und emotional starken jungen Menschen zu erziehen, z.B. das Olweus-Projekt, Prävention im Team (PIT), Lions-Quest-Programm, Streitschlichtung durch Schülerinnen und Schüler, Schule ohne Rassismus.

Das IPTS erstellt Materialien für Lehrkräfte, die sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Gewalt befassen. Derzeit arbeiten verschiedene europäische Länder und die Bundesrepublik Deutschland unter der Federführung Schleswig-Holsteins an einem interkulturellen Unterrichtswerk.

Im **Kulturbereich** wird eine Reihe kultureller Veranstaltungen gefördert, wie

- Kulturwochen und Kulturtage, veranstaltet von soziokulturellen Zentren und Einrichtungen, von zentralen Beratungsstellen für Ausländer und von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.
- Veranstaltungsreihen für Ausländer und Flüchtlinge, die sich dort für einen gleichberechtigten Dialog zu Wort melden können.
- Kooperationsprojekte, beispielsweise mit der Stadt Kiel, die jährlich eine Interkulturelle Woche durchführt, die der Integration der ausländischen Bevölkerung und dem Kennenlernen ausländischer Kulturen dient.
- Förderung von Theateraufführungen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.
- Förderung des Ausbaus und der Ausstattung von Internationalen und Interkulturellen Begegnungsstätten in Mölln und Lübeck.
- Förderung der Sinti und Roma.

Die **Volkshochschulen, die Landeszentrale für Politische Bildung, die parteinahen Stiftungen und Vereine, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände** und andere **Träger und Einrichtungen der Weiterbildung** tragen durch vielfältige Veranstaltungen im gesamten Land zur Bekämpfung von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bei. So ist der Problemkomplex „Fremdenfeindlichkeit und Extremismus“ einer der Schwerpunkte der Arbeit der Landeszentrale für Politische Bildung, der auch künftig fortgesetzt wird. Besonders wurden und werden folgende Schwerpunkte bearbeitet:

- Integrationsseminare für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger,
- Seminare gegen rechte Gewalt, z.B. „Ich bin Deutschländer, na und?“, „Sprache und Verständigung“,
- Seminare für Offiziere der Bundeswehr über rechts- und linksextremistische Gewalt,
- Seminare, Vorträge und Studienfahrten zur Auseinandersetzung mit der Thematik „Generation und Geschichte von NS-Tätern“.

Auch an den **Hochschulen** des Landes werden zahlreiche Veranstaltungen zur Integration ausländischer Studierender wie auch Seminare gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit veranstaltet.

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen der **außerschulischen Jugendbildung** nach § 15 des Jugendförderungsgesetzes fördert die Landesregierung Seminare und Projekte der Politischen Bildung. Bei der Vergabe der Mittel haben Themen, die sich mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassen, absoluten Vorrang bei der Förderung.

Die Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie wird mit einer Gesprächsinitiative bei den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe ausloten, in welcher Weise durch gemeinsame Initiativen rechtsextremistisch gefährdete Jugendliche mit den Möglichkeiten der Jugendhilfe von ihren Irrwegen abgebracht werden können und die präventiven Maßnahmen der Jugendhilfe noch wirksamer eingesetzt werden können. Im Rahmen der Förderung der Jugendarbeit werden die Träger aufgefordert, noch mehr Maßnahmen zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in ihre Bildungs- und Aktionsprogramme aufzunehmen. Im Mittelpunkt eines Präventionsprogramms sollen die Kompetenzstärkung und Selbstbewusstseinsbildung bei Kindern und Jugendlichen stehen. Konkret geplant ist die Schaffung eines Präventionsnetzes zur Stärkung lokaler Präventionskooperation und als konkrete Maßnahmen der Gewaltprävention z.B. ein Konfliktlotsentraining.

Die Landesregierung sieht in diesem Präventionsprogramm einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung von Kindern und Jugendlichen vor rechtsextremistischen Einflüssen.

3. Plant die Landesregierung in diesem Zusammenhang, die Politische Bildung in Schleswig-Holstein gezielt zu stärken?

Wenn ja, wie?

Politische Bildung findet nicht allein in Unterricht, Kursen oder Seminaren statt. Zur Politischen Bildung tragen ebenfalls kulturelle Projekte, erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten und politische Information durch Medien bei. Eine gezielte Stärkung erfolgt durch die o.g. Maßnahmen. Daneben wirkt die Landeregierung darauf hin, dass sich die verschiedenen Beteiligten (s.o.) ihrer Verantwortung bewusst sind und zusammenwirken.

4. Hält die Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über Rechtsextremismus an dem Vorhaben fest, die Mittel für politische Stiftungen und Vereine zu kürzen?

Wenn ja, wie begründet sie dies?

Die von der Landesregierung im Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 vorgesehene Kürzung der Fördermittel zugunsten der parteinahen Stiftungen und Vereine entspricht den Kürzungen in anderen Bereichen, etwa der Verbände oder der Kultur. Sie ist zur Haushaltskonsolidierung erforderlich.